

Argumentieren gegen Rechts – die eigenen Werte vermitteln

Inhalt

Rechtspopulistische Kräfte sind vielerorts in die Kommunalvertretungen eingezogen. Diese anfänglich noch scheinbar gemäßigten Kräfte entwickeln sich häufig in Richtung Rechtsextremismus.

Für Demokrat_innen bedeutet das, nicht nur eine Anti-Haltung zu zeigen, sondern den Wert der Demokratie in den Vordergrund zu stellen und proaktiv eigene Politikinhalte zu vermitteln. Wie demokratische Kommunalpolitiker_innen für eine gerechte und weltoffene Politik in ihren Städten und Kommunen eintreten, müssen sie den Bürger_innen kommunizieren, um die Demokratie vor Ort aktiv zu stärken.

Die Teilnehmenden entwickeln wirksame Maßnahmen, wie sie ihre politische Arbeit in verständlicher Sprache vermitteln, und stärken ihre Argumentationskompetenz.

Programm

Teil 1: Mittwoch, 14. Mai 2025,

18:00 – 21:00 Uhr Begrüßung, Vorstellung, Erwartungsabfrage

Rechtspopulismus als Schwammbe­griff

Was bewegt die Wähler_innen der Rechten?

Zur Relevanz von Vertrauen und Zuhören

Das Verständlichkeitsproblem der politischen Sprache

Teil 2: Donnerstag, 22. Mai 2025,
18:00 – 21:00 Uhr Grundlagen der Kommunikation

Der Kontrollierte Dialog
Zielgerichtetes Argumentieren
Grundlagen der Arbeit mit politischer Sprache

Teil 3: Freitag, 23. Mai 2025,
18:00 – 21:00 Uhr Entwicklung von Slogans und Argumenten für die eigene
politische Arbeit

Mit schwierigen Gesprächspartner_innen umgehen

Unfaire Rhetorik erkennen und aufnehmen.
Feedback, Evaluation und Abschluss

Seminarleitung

Simon Jakobs

Organisation und Anmeldung

Jürgen Schipper
Tel. 0228 / 883-7107
Juergen.Schipper@fes.de

Teilnahmegebühr: 30 €
Seminarnummer: 17580012
Bei Fragen zur barrierefreien Durchführung wenden Sie sich bitte vor der
Veranstaltung an uns.

Verantwortlich

Anne Haller
Leiterin KommunalAkademie
Friedrich-Ebert-Stiftung
KommunalAkademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

*Unsere Bildungsveranstaltungen werden vom Land Nordrhein-Westfalen auf der
Grundlage des Weiterbildungsgesetzes gefördert. Unsere Angebote richten sich
deshalb vor allem an interessierte Menschen, die in NRW leben oder arbeiten.*